



FABIAN BIRMER / REUTERS

Terrorabwehr

Fußfesseln für Islamisten

Niedersachsens Polizei soll deutlich mehr Präventivmaßnahmen anordnen dürfen.

Das Land Niedersachsen plant eine massive Ausweitung der Präventionsbefugnisse seiner Polizei. Das geht aus einem Entwurf für ein Polizeigesetz hervor, der dem SPIEGEL vorliegt. Zur Abwehr von Terrorgefahren sollen als gefährlich eingestufte Islamisten vorübergehend mithilfe elektronischer Fußfesseln überwacht werden können. Wenn „bestimmte Tatsachen“ oder „individuelles Verhalten“ die Annahme rechtfertigen, dass ein Islamist terroristische Straftaten begehen werde, sollen auf diese Weise Anschläge erschwert werden. Außerdem soll es laut dem Papier vom 19. Januar möglich sein, Terrorverdächtige vorübergehend in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen oder Hausarrest gegen sie zu verhängen. Hinzu kommen Kontaktverbote und Meldeauflagen.

Verdächtigen, die das Land nicht verlassen dürfen, soll es untersagt werden können, Bahnhöfe und Flughäfen zu betreten und sich einer Grenze bis auf 30 Kilometer zu nähern.

Die Entscheidung über die Einschränkungen der Freiheitsrechte wird dem Entwurf zufolge künftig bei der Polizeiführung liegen, die diese an Dienststellenleiter und andere Beamte delegieren kann. Der Vorstoß von Innenminister Boris Pistorius (SPD) wurde nach der Landtagswahl in Niedersachsen mit der CDU verabredet – die oppositionellen Grünen kritisierten dies als „Rollback“. Das neue Gesetz würde Niedersachsen zusammen mit Bayern zu Vorreitern bei der Verschärfung des Polizeirechts machen. Es soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. gud

Anti-Terror-Einsätze Deutschland mischt in Jordanien mit

Der Bundesnachrichtendienst (BND) beteiligt sich an einer Anti-Terror-Aktion der Vereinigten Staaten. Wie aus einer vertraulichen Antwort der Regierung an die Fraktion der Linken hervorgeht, gehört der deutsche Auslands-

geheimdienst seit Oktober der Operation „Gallant Phoenix“ an – gemeinsam mit 21 weiteren Nationen. Die geheime Einheit sammelt Informationen über Kämpfer der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und im Irak. Sie wird vom US-amerikanischen Joint Special Operations Command von einer Militärbasis in Jordanien aus gesteu-

ert. Dabei werden Dokumente, Datenträger, DNA-Spuren und Fingerabdrücke ausgewertet, die Spezialkräfte in ehemaligen IS-Hochburgen sichergestellt haben. Der BND und die Bundeswehr wollten schon länger, dass sich Deutschland an diesem Informationsaustausch beteiligt. Sie halten das für nötig, um der Terrorgefahr durch IS-

Rückkehrer zu begegnen. (SPIEGEL 20/2016). Die Bundesrepublik lehnte jedoch zunächst eine Beteiligung ab – aus Angst, die USA könnten die gewonnenen Informationen für Militärschläge gegen deutsche Dschihadisten verwenden. Weder die Bundesregierung noch der BND wollten sich zu der Operation äußern. rom, wow, mgb